

Breslauer Zeitung.

N. 70.



Beitrag.

Dienstag den 11. März

1851.

Telegraphische Nachrichten.

Turin, 5. März. Nächstens soll das Gesetz über Einführung der Civilrechte dem Parlamente vorgelegt werden. Der Pfarrer von Valvera ist zu fünfmonatlicher Haft und einer Geldbuße von 200 Franken verurtheilt worden, weil er in seinen Predigten die Bevölkerung demoralisiert habe und behauptet, seit 2 bis 3 Jahren würden von der Regierung fast nur Ungerechtigkeiten und Gewaltthöhen geübt. Die Abgeordnetenkammer hat das Ausgaben-Budget des Finanzministeriums bis zum 10. Artikel geprüft und angenommen. Der „Risorgimento“ bringt einen geharnischten Artikel, wonit er das Benehmen der Regierung in der Flüchtlingsfrage verbündigt.

Rom, 5. März. Kardinal Fornari, angeblich Antonelli's Nachfolger, ist hier eingetroffen.

Zara, 4. März. Der Seraskier Omer Pascha hat zum Behufe der Organisirung der Herzogowina mehrere Bevollmächtigte ernannt. Dem Vernehmen nach haben die Insurgenten der Kraina gemeinschaftlich mit denen der Herzogowina den Seraskier neuendrig angegriffen. Arad Pascha brach bei diesem Anlaß mit den türkischen Truppen von Travnik zur Hilfe auf und schlug sie in die Flucht. In Serajewo sind 3 Bataillone als Garnison zurückgeblieben.

Triest, 9. März. (Wochenmarkbericht.) In Erwartung der holländischen Auktion Kaffeegeschäft stau, Mo 28—32. Zucker Bahia 15—17. Cacao 21. Wegen Berichten aus Liverpool Baumwolle höher, amerikanische 54, Mako 50—53, Smyrna 38—40, Cyprische 40 Fr. pr. Ballen. Getreide stau. Dessaamen fest. Oele etwas niedriger. Südfrüchte bessere Qualität fest, vorborbene angeboten.

Wien, 10. März. In der vorigestrichen Sitzung der zweiten Kammer wurde der Antrag des Abg. v. Götz sowie der Kommission, welcher sich in ganz bestimmter Weise über die Art und Weise und für die Notwendigkeit der Regulirung des Oberstromes aussprach, verworfen und dagegen ein vermittelnder Antrag des Abg. Fall angenommen, wonach die Kammer in Anerkennung der Wichtigkeit der Frage die Erwartung ausspricht, daß die Regierung bald die nötigen Vorlagen über Beschaffung der nötigen Geldmittel machen werde. — Der Antrag des Abg. Vincke, die Bildung eines Ausschusses zur Untersuchung der Lage des Landes betreffend, wurde mit 228 gegen 41 Stimmen verworfen.

In der gestrigen Zeitung gaben wir einige Notizen über den Notenwechsel zwischen Berlin und Wien, sowie den ganzen Vorlauf der österreichischen Circularnote an alle kleineren deutschen Regierungen. Dieselbe warnt in einem ziemlich drohenden Tone, auf Preußens eventuellen Vorschlag, zum alten Bundestag zurückzukehren, einzugeben, und stellt die Möglichkeit in Aussicht, daß die deutsche Bundes-angelegenheit vor das Forum der auswärtigen Mächte gebracht werden dürfte, wenn keine Einigung erzielt würde.

Der preußische Bevollmächtigte bei den Dresdener Konferenzen, Graf Alvensleben, ist in Berlin eingetroffen, um sich weitere Institutionen zu holen.

General Pfeil, der frühere Minister-Präsident, hält sich gegenwärtig in Berlin auf.

Der berliner Polizei-Präsident Hinkeldey ist zum Regierungs-Präsidenten in Siegnitz ernannt worden. Einwohner wird der zum Regierungs-Vizepräsidenten ernannte Landrat Selchow das Präsidium der Siegnitzer Regierung kommissarisch übernehmen.

Über die Materien der Beratungen der zweiten und dritten Kommission bei den Dresdener Konferenzen geben wir heute unter Deutschland weitere Details. Die dritte Kommission ist endlich so weit gebrückt, daß sie ihr erstes Gutachten abgeschlossen hat. Auf den Zusammentritt der Plenarsitzung dürfen wir noch lange nicht rechnen, obgleich die oben erwähnte österreichische Circularnote den 8. März als den Tag bezeichnet hat, an welchem wieder eine Plenarsitzung abgehalten werden sollte. — Österreich bereitet eine Erwidern auf die französische Protestnote gegen den Entfall von Schamml-Oesterreich im deutschen Bund vor; sie soll an alle Großmächte gesandt werden. Einwohner vertheidigt das „Dresdner Journal“ diesen Entfall von Schamml-Oesterreich und bezeichnet ihn als das große Heil, welches Deutschland widersuchen könnte.

Die sogenannte Bundesversammlung und die Bundeszentralcommission zu Frankfurt a. M. entwickeln wieder eine größere Tätigkeit.

In Kassel sind die Mitglieder des bleibenden ständischen Ausschusses, der Obergerichts- und ins Kassel abgeführt worden, weil sie die gebraucht hatten. Am 8. wurde der Professor Bayrhoffer von Marburg nach Kassel und ebenfalls in das Kassel abgeführt, weil er in gleicher Weise seiner Verpflichtung nachgekommen war. — Zwischen preußischen und österreichischen Militär fallen täglich zu Kassel ernsthafte Streitigkeiten vor.

Aus Leipzig seien wir einen Bericht über die dort neuerdings vorgenommenen umfangreichen Haussuchungen mit.

Preußen soll nach der offiziellen Hannover Zeitung Handelsvorstöße an die Hansestadt gemacht haben, die wir (unter Hannover) näher angeben. Auch soll nach derselben Quelle der preußische Finanz-Minister sich mehr für die Schwanzölle als für das Freihandelsystem ausgesprochen haben.

Am 7. März sind in Holstein sämtliche Bürgerwehren aufgeboten worden. — In Folge der mehrfach erwähnten Dislokationen und des Rückmarsches eines Theils der österreichischen Truppen nach Böhmen finden jetzt vielseitige Bewegungen in Hamburg, Lübeck und im Lauenburgischen stationären Corps statt. Der Rückmarsch der Österreicher (circa 3000 Mann) wird mit den heutigen Tagen beginnen und sich über Magdeburg, Leipzig, Dresden nach Böhmen erstrecken. — Der dänische Kommissar Villisch soll deshalb nach Kopenhagen gereist sein, um seinen Rath in Betracht der Wahl der Notabeln abzugeben, welche die Verfassungs-Angelegenheiten zwischen Dänemark, Schleswig, und Holstein berathen sollen.

Über den Stand der Flüchtlings-Angelegenheiten in der Schweiz geben wir in dem Artikel Bern nähere Nachricht. Die

wässischen Kantone protestieren gegen die Fortschaffung der Flüchtlinge.

Am 1. März wurde in Neuenburg das Gesetz der dreijährigen Unabhängigkeit mit mehr oder minderer Theilnahme gesetzt. Zu Paris zirkulieren Namenslisten von einem neuen Ministerium, ohne daß das gegenwärtige Kabinett zurückgetreten und auch gar keine Aussicht dazu da ist. — Die Spaltung zwischen den beiden königlichen Parteien wird immer größer. — Gegenwärtig ist man zu Paris in Betracht der bevorstehenden Wahl der Nationalgarden-Offiziere in großer Aufruhr. Es handelt sich darum, ob sie nach allgemeinem oder beschränktem Stimmrecht gewählt werden sollen. — Ein Bericht des pariser Polizei-Präsidenten spricht sich dahin aus, daß in allen Klassen des Volkes der größte Eifer für republikanische Verfassung vorherrsche.

Das neue britische Ministerium hält täglich Berathungen über die Abänderungen der vorgeschlagenen Maßregeln, nichtsdestoweniger dürfen demnach sehr formelle Sitzungen zu erwarten sein. Das Ministerium hat den Entschluß gefasst, selbst bei vorkommenden Niedergängen im Parlament nicht zurückzutreten, da die Opposition nicht im Stande ist, die Zügel der Regierung zu ergreifen. Eine Auflösung des Parlaments ist ebenfalls nicht zu erwarten.

Am 5. d. M. fand zu London ein Kabinetsrat statt, in welchem die deutschen Angelegenheiten verhandelt wurden. Das Ministerium ist entschlossen, sich enger an Frankreich zu schließen, um energetischer und nachdrücklicher gegen die Pläne Österreichs gegen Piemont und die Schweiz auftreten zu können.

Englische Blätter melden, daß man in Rom den Verdacht gegen

England habe, daß sie die Absicht haben, dem Papste das Leben zu rauben. — Der König von Neapel will sich an dem Kriege Österreichs gegen Piemont beteiligen.

Aus Wien meldet man, daß Österreich beabsichtige, sich eine Cap-

penstrafe nach Holstein freizuhalten, und zwar, wie es scheint, über Dresden. — In einer Versammlung der kathol. Bischöfe soll be-

schlossen werden, den Kaiser um Erlaß einer allgemeinen Amnestie zu bitten.

Preußen. Kammer-Verhandlungen.

Berlin, 7. März.

(Schluß der 37. Sitzung der zweiten Kammer.)

Man geht nun zu dem Etat, betreffend die Verwaltung der Domainen, Forsten und direkten Steuern, über.

An Einnahmen weist der Etat aus 5,791,864 Thlr., und zwar:

- 1) an grundherzlichen Abgaben 3,917,460,
- 2) an verpflichteten und administrierten Grundstücken und Gerechtsamen 1,846,214 Thlr.

Hierzu hat die Kommission in Übereinstimmung mit der Regierung folgenden Antrag gestellt:

Die Kammer wolle die Erwartung aussprechen, daß bei der Verpflichtung der Domainen-Dörfer: 1) mit der Pacht-Periode nicht über den Zeitraum von dreißig Jahren hinausgegangen werde, 2) die Dörfer, so viel thunlich, einzeln zur Verpflichtung verpflichtet, und nicht solche Lemter im Ganzen verpflichtet werden, aus denen besser mehrere Pachtungen gemacht werden könnten, 3) immer der Weg des ökonomischen Meisterebuchs gewählt werde.

Der Antrag wird ohne Diskussion genehmigt.

3) Die Festungsbereven mit 26,280 Thlr. Die Beträge werden als richtig anerkannt.

Der fortlaufenden Ausgaben zum Betrage von 1,003,034 Thlr. verzfallen in

a) Aufsichts- und Erhebungskosten mit 182,378 Thlr.,

b) Ausgaben für die örtspolizeiverwaltung mit 1161 Thlr.

Die Kommission beantragt:

die Erwartung auszusprechen, daß nach Ausführung der Gemeindeordnung und der Agrar-Gesetze sich diese Ausgabe-Positionen erheblich vermindern werden.

Der Antrag wird nach kurzer Debatte angenommen.

C. Die Ausgaben für Passimenten, Staatsabgaben ic. mit

9971 Thlr.

die Erwartung auszusprechen, daß künftig die Grundsteuer der ehemaligen Scharwerksbauer-Grundstücke in Einnahme, und das Grundsteuer-Averum in Ausgabe von dem Domainen-Etat fortgeschafft werde.

Abg. v. Patow spricht gegen den Antrag; derselbe wird jedoch angenommen.

Gegen die übrigen Positionen der fortlaufenden Ausgaben hat die Kommission nichts erinnert.

Die Kommission beantragt:

In dem Etat der Domänenverwaltung die Einnahmen mit 5,791,864 Thlr., die fortlaufenden Ausgaben mit 1,003,034 Thlr., die einmaligen außerordentlichen Ausgaben mit 3500 Thlr. als richtig veranschlagt anzuerkennen.

Der Antrag wird genehmigt.

In der Forstverwaltung hat die Kommission gegen die Einnahme nichts erinnert.

Der Ertrag der Jagd ist auf 28,536 Thlr. festgesetzt, was an den Morgen die Pacht von 1 1/4 Pfennig ausmacht.

Der Abgeordnete Winzler hält diese Einnahme für zu niedrig; der Ertrag sei deshalb so gering, weil die Jagd nicht öffentlich meistbietend verpflichtet werde, und namentlich die großen Jagden meistens in den Händen hoher Forstbeamten seien. Der Redner sucht den Einwand der Kommission, daß die Verpflichtung an fremde Personen des Forstschuldes wegen nicht räthlich, und daß den Forstbeamten durch die Jagd ein Anregungsmittel zum fleißigen Durchstreifen der Jagd gegeben werde, zu widerlegen.

Der aus den Mehrerntnahmen für die Jagden eingehende Mehrertrag könne verwandt werden, um die Ehrenschuld zu lösen, welche die Kammer durch die neu auferlegten Lasten gegen die Leute eingegangen.

Der Redner stellt schließlich das Amendement:

Die Kammer wolle die Erwartung aussprechen, daß die Verpflichtung der Jagden in königlichen Forsten und Domainen künftig nur im Wege des öffentlichen Meisterebuchs erfolgt.

und jedesmal nicht über zwölf Jahre hinaus geschiehe, eine Aus-

nahme nur bei den im Interesse des Fiskus verhalteten Jagden stattfinde.

Der Antrag findet allseitige Unterstützung.

Abg. Österreith gegen den Antrag, weil durch die Verpflichtung auf Meisterebucht das Jagden befördert und dadurch die Jagd erschöpft werde.

Abg. Nobiling bemerkt, daß bisher die Jagden immer öffentlich meistbietend verpflichtet seien, mit Ausnahme derer, die an Revierverwalter im Interesse des Forstschuldes verpflichtet seien. Diese Verpflichtung an Forstbeamten sei im Interesse des Forstschuldes notwendig, weil in einem an Fremde verpflichteten Forst der Forstbeamte nicht völlig freie Hand hätte.

Nach einer persönlichen Bemerkung des Abg. Winzler und der Schlussworte des Berichterstatters Abg. Gambrädt wird der Antrag des Abg. Winzler abgelehnt.

Die fortlaufenden Ausgaben betragen 2,507,078 Thlr. Die Kommission beantragt, daß ihr die Höhe der fixen Fahrtkosten der Oberforstbeamten (400—600 Thlr.) übertrrieben erscheine:

die bestimmt Erwartung auszusprechen, daß die Fahrtkostenentlastungen an die Oberforstbeamten und Forstbeamten nur dann gewährt werden würden, wenn die betreffenden Beamten wirklich eigene Equipage hielten.

Der Finanzminister ist gegen diesen Antrag. Die Forstbeamten seien verpflichtet, Equipage zu halten, die Regierung habe bisher von dieser Verpflichtung bei Einzelnen, wo die Benutzung von Eisenbahnen möglich gewesen, Ausnahmen zugelassen, welche ihr die im Antrage der Kommission ausgeschriebenen Belehrungen aufsetzen. Der Redner erwähnt sodann das Verfahren gegen die eidesstreuenden Beamten in Kurhessen. Diese Beamten seien geschmäht worden mit einer Auferlegung, die übrigens einem politischen Schriftsteller vergangener Zeiten erborge sei, und zwar nur, weil diese Beamten ihrem Ende getrotzt, sich nicht den verfassungswidrigen Verordnungen fügen wollten. Dieses Wort, der Spiegel einer solchen Gesinnung, nämlich der Ausdruck „Revolutionäre im Schloß und Pantoffeln“ würde sich von Generation zu Generation forsterben, man würde sich seiner erinnern, so lange es noch eine deutsche Geschichte gäbe. Er wolle an den Ausspruch eines alten deutschen Staatsrechtslehrers erinnern, der zwar viel Willkür erlebt, aber nicht solche, wie wie sie jetzt erleben. Johann Jacob Moser sagt: „Wie aber, wenn man etwas Unrechtes von einem Beamten verlangt, der Gott mehr fürchtet, als die Menschen? Der lehnt es mit Bescheidenheit ab und läßt über sich ergehen, was da soll.“

Auch in Hessen gehe übrigens Ähnliches vor wie im Norden, es würden Militär-Conventionen abgeschlossen und Österreich oder Bayern bleibend zwischen den östlichen und westlichen Provinzen des preußischen Staates aufgestellt werden. Was hieraus für den Zusammenhang der Monarchie für Folgen entstehen könnten, bedürfe wohl keiner weiteren Erörterung. Der Redner geht hierauf zur deutschen Frage über. 1806 habe nicht Deutschland sich dem Kaiser, sondern der Kaiser habe sich dem Reiche entzogen. Er wolle abschließen von den feierlichen Verfehlungen von 1813, von der Erklärung des Ministeriums wegen der Belehrung des deutschen Volkes auf eine angemessene Verfassung, er wolle selbst abschließen von der positiven Notwendigkeit, einen geregelten Zustand herbeizuführen, die Quellen des Wohlstandes wieder zu öffnen und somit von der Revolution zu Generation forsterben.

Die Kommission beantragt:

es wiederholt für erforderlich zu erklären, daß die Aufhebung der noch bestehenden Grundsteuerbefreiungen baldigst zur Ausführung gelange.

Abg. v. Patow spricht für den Antrag.

Der Finanzminister: Die Regierung hat sofort nach dem Erlass des Gesetzes vom Februar v. J. die Einnahmen getroffen, die Grundsteuerausgleich ins Werk zu setzen. Die Arbeiten seien indes nicht so rasch, wie die Regierung erwartet, vollendet. Es fehlten noch die Vorarbeiten von einem Regierungsbereich und 7 Kreisen eines anderen Regierungsbereichs, jedoch hoffe er, noch während dieser Session den Kammer die betreffenden Vorlagen machen zu können. Die Verzögerung sei durch die Zeitverhältnisse, namentlich die Geschäfte der Mobilmachung, hinreichend gerechtfertigt.

Der Kommission beantragt:

es wiederholt für erforderlich zu erklären, daß die Aufhebung der noch bestehenden Grundsteuerbefreiungen baldigst zur Ausführung gelange.

Abg. v. Patow spricht für den Antrag.

Der Finanzminister: Die Regierung hat sofort nach dem Erlass des Gesetzes vom Februar v. J. die Einnahmen getroffen, die Grundsteuerausgleich ins Werk zu setzen. Die Arbeiten seien indes nicht so rasch, wie die Regierung erwartet, vollendet. Es fehlten noch die Vorarbeiten von einem Regierungsbereich und 7 Kreisen eines anderen Regierungsbereichs, jedoch hoffe er, noch während dieser Session den Kammer die betreffenden Vorlagen machen zu können. Die Verzögerung sei durch die Zeitverhältnisse, namentlich die Geschäfte der Mobilmachung, hinreichend gerechtfertigt.

Der Kommission beantragt:

Eben so wird dem Kommissionantrag gemäß bei der Grundsteuer die Einnahme auf 10,109,525 Thlr., die fortlaufenden Ausgaben auf 476,207 Thlr., die außerordentlichen Ausgaben auf 12,000 Thlr. als richtig anerkannt; eben so bei der Klassensteinsteuer die Einnahme mit 7,666,003 Thlr., die Ausgabe mit 303,680 Thlr., und bei der Gewerbesteuer die Einnahme mit 2,567,714 Thlr. und die Ausgabe mit 104,323 Thlr. und die sonstigen verschiedenen Einnahmen mit 18,508 Thlr.

Montag Budgetdebatte:

Etat des Ministeriums des Innern, Militäretat.

Berlin, 8. März.

Ich bin überzeugt, daß diese Minister aus Rücksicht für die Kammer bei der Abrede habe für den Übergang zur Tagesordnung gestimmt haben; ich bin überzeugt, daß sie sich nach dem Augenblick sehn, wo sie mit einer Rechtfertigung ihrer Politik vor das Land treten können, und dazu habe ich ihnen die Gelegenheit bieten wollen; nur wollen wir hoffen, daß diese Rechtfertigung nicht wieder in einem Gleichnis bestehen wird, das, so schön es auch vom ästhetischen Standpunkte aus gewesen sein mag, doch wochenlang die scharfsmigsten Köpfe der Diplomatie mit dem vergeblichen Versuche beschäftigt hat, den verborgenen Sinn, der offenbar darin steckt, zu entdecken. So lange nicht diese Rechtfertigung in vollem Umfang erfolgt ist, werde ich annehmen müssen, daß meine Ansicht über die Lage des Staates im Lande getheilt werde. Es ist klar, daß dieser Zustand ein höchst bedenklicher ist. Die Wohlfahrt eines Staates beruht auf zwei Faktoren, einmal auf der Achtung, die man im Lande vor der Regierung hat, nicht jener Achtung, die durch Belagerungsstände erzwungen wird, sondern jener, welche sich auf das Vertrauen zu der Ehrenhaftigkeit und Treue des Regierung gründet, und dann auf dem Gemeinsinn des Volkes, auf jenem Gemeinsinn, der namentlich das englische Volk so groß gemacht hat. Sind diese Grundfesten nicht gesichert, so ist es in einer gefährlichen Krise um den Bestand des Staates geschehen. Ich weiß nicht, ob solche Krisen in der nächsten Zeit dem preußischen Staate bevorstehen, aber Niemand wird in Abrede stellen, daß sie möglich sind. Wer wollte behaupten, daß die Zustände in Frankreich heut konsolidierter sind, als sie es unter Louis Philippe waren, und wie leicht kann nicht von dort eine neue Geschäftserung ausgehen? Hier in der Kammer ist eine zahlreiche Partei gar nicht vertreten, die vor nicht gar langer Zeit in der Majorität war, ich weiß nicht, wann sie wieder zurückkehren wird, aber wir wissen alle, daß sie mit dem machen was hier geschah, nicht einverstanden ist, und daß mit dieser Partei eine andere Partei in Verbindung steht, deren Pläne sich auf die Begehrlichkeit der Massen stützen, eine Begehrlichkeit, die so alt ist wie die Welt. Wohl haben wir also dafür zu sorgen, daß, wenn die Krise kommt, die edleren Motive, vor allem die der Vaterlandsliebe, des Stolzes, auf das Vaterland, wie er sich in dem Liede: „Ich bin ein Preuße“ ausspricht, stark genug sein mögen, um sie zu überwinden.

Ich muß noch mit einigen Worten auf den Bericht zurückkommen.

Der Bericht sagt freilich, es sei ein unerlässliches Axiom, daß ein prinzipieller Zwiespalt zwischen der Regierung und den Kammern obwalte. Eine solche Auseinandersetzung muss doppelt auffallen, wenn man erwägt, daß der Berichtsteller selbst während der Abreddebete einen Entwurf befürwortete, der sich so scharf gegen die Politik der Regierung aussprach, daß er selbst mich und meine politischen Freunde zufriedenstellte, daß ferner dieser Berichtsteller ganz neulich erklärt, es scheine zweifelhaft, ob die Regierung mit den Kammern gehorche wolle. Wie sind also diese diametral entgegengesetzten Auseinandersetzungen zu vereinen? Zwei Parteien im Lande sprechen sich offen aus, die eine, daß sie mit dem Ministerium unzufrieden ist, die andere, daß sie zufrieden ist. Eine dritte Partei aber, zu der der Berichtsteller gehört, vermeidet es ganz und gar, ihrer Ansicht einen offiziellen parlamentarischen Ausdruck zu geben; es ist hohe Zeit, daß sie sich endlich über ihre Stellung zur Regierung ausspreche. Denn entweder ist sie mit der Regierung einverstanden und in diesem Falle ist es ihre Pflicht, das durch, daß sie dies offen erklärt, der Regierung die Kraft zu geben, die sie aus einem Einverständnis mit den Kammern herleiten kann, oder sie ist nicht mit ihr einverstanden, und in diesem Falle muß sie mir und meinen Freunden beitreten, um eine Abhilfe möglich zu machen. Ich stelle daher im Namen meiner Parteigenossen an diese Partei die dringende Bitte, sie möge endlich reden, damit wir in klare Zustände kommen; denn wir könnten nicht wünschen, daß die Geschichte eins, wenn sie über unsre Zeit zu Gericht sitzt, über unsere Namen zur Tagesordnung übergehe. (Beifall.)

Der Ministerpräsident: Ich bin mit der Kommission darüber vollkommen einverstanden, daß der von dem Antragsteller eingeschlagene Weg nicht der richtige ist, und zu keinem ersprießlichen Resultat führen kann; ich unterlasse es deshalb, auf die Vorwürfe, die er der Regierung gemacht, näher einzugehen. So schaf zugesagt seine Worte auch sein mögen, sie wiegen leicht gegen die schweren Sorgen, die uns von anderer Seite kommen. Der Redner scheint es sich zur Aufgabe gemacht zu haben, in meinen früheren Reden Waffen gegen mich zu suchen; wollte ich ihm Gleiche mit Gleichen vergelten, so würde mir ein Apparat von Schleißhöfen und Mühlhänen nicht fehlen; aber ich glaube das Land würde dabei nichts gewinnen. Nur an eine Rede muß ich doch erinnern. Der Redner liest hier eine Stelle aus einer Rede des Abg. v. Vincke aus dem Jahre 1849 vor, in der dieser einen Vorredner gegenüber bewirkt, ein Engländer würde zu stolz und zu praktisch sein, um bei dunklen Partien der vaterländischen Geschichte in einer Weise zu verweilen, wie er es so eben gehabt. Im Interesse des Landes liegt es, daß unsre Lage hier auf der Tribüne nicht schlechter dargestellt wird, als es wirklich ist. Wir mögen noch schlimm genug stehen, aber wir stehen unendlich besser, als im Jahre 1848, wenn wir nur Zwiespalt im Innern zu vermeiden wissen. Der Vorredner hat geäußert, daß das Ministerium entweder abtreten oder die Kammer aufzulösen müsse; bis jetzt ist es indessen seinen patriotischen Bemühungen noch nicht gelungen, das Ministerium zu beseitigen, und was die Kammerauflösung anbelangt, so ist es eine alte Regel, daß man den Staat eines Feindes nicht besiegeln darf. Ich hoffe im Gegentheil, daß wir den Feinden Preusse, denen unsre Zwietracht willkommen wäre, noch zeigen werden, daß Preusse durch Euertracht stark ist. (Bravo von der Rechten.)

Abg. v. Dobelschwingh: Wenn der Bericht den Zwiespalt der Kammer und der Regierung für ein unerlässliches Axiom erklärt, so folge daraus gar nicht, daß er für seine Person einen solchen Zwiespalt nicht anerkenne, nur halte er nicht alles, was er selbst anerkennt, deshalb auch für allgemein erwiesen. Ob man es in der Kammer sagen solle, daß Preusse keine Großmacht sei? Über solche Reden würden sich die Nicht-preußen am meisten freuen. Uebrigens müsse er es dem Minister überlassen, sich selbst zu verteidigen, um so mehr, als er, was die Fakta anbelange, mit dem Vorredner vielfach übereinstimme.

Abg. v. Vincke zu einer persönlichen Bemerkung: Es sei ihm nie in den Sinn gekommen, zu behaupten, daß der Engländer zu praktisch oder zu holz sei, um gegen das jeweilige Ministerium nicht eine weit schwärzliche Kritik zu üben, als er es heute gethan zum Beweise, daß er nur auf die Debatte über die Polizei, die Lord Palmerston in Griechenland befolgt, im Gegenthell, in England sei man zu praktisch, um jede Bunde verdecken zu wollen, und den Kopf wie ein Strauß in den Sand zu stecken. Bei seiner Rede, die der Ministerpräsident zitierte, habe es sich um eine gehässige Kritik der preußischen Geschichte von 1815 handeln, und nicht um das Ministerium gehandelt. Auch habe er nicht gesagt, daß das Ministerium entweder abtreten oder die Kammer aufzulösen müsse; er habe nur gesagt, daß im Falle eines Konflikts zwischen dem Ministerium und den Kammern nur diese beiden Wege konstitutionell seien; natürlich aber sel. weder, daß eine, noch das andere möglich, so lange das Ministerium noch eine imposante Majorität von 4 Stimmen für sich habe.

Die Kammer geht zur namentlichen Abstimmung über den

Kommissions-Antrag auf Übergang zur Tagesordnung, wie wir bereits mittheilten, mit 228 gegen 41 Stimmen angenommen.
Schluß der Sitzung 3 Uhr.

Nächste Sitzung: Montag 12 Uhr.

Tagesordnung: Beratung der Etats für die Ministerien des Innern und des Krieges.

Berlin. 9. März. Se. Majestät der König haben allgemein geäußert, dem bisherigen Rendanten der Ober-Marschall und General-Gefüll-Kasse, Hofrat Rostock, den rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; dem geheimen Regierungsrath Wulfing zu Frankfurt a. d. O., und dem pensionierten Kreisgerichts-Deputat- und Salarien-Kassen-Rendanten Karl Wilhelm Hoffmann zu Neu-Ruppin, den rothen Adler-Orden vierter Klasse; so wie dem beim Polizei-Präsidium in Berlin angestellten Polizei-Direktor Schröder bei seinem Ausscheiden aus dem Dienste den Charakter als geheimer Regierungsrath und dem Rechts-Anwalte und Notar Meier zu Königsberg i. Pr. den Charakter als Justiz-Rath zu verleihen.

Der Kreis-Physikus Dr. Steuer zu Grünberg ist in gleicher Eigenschaft in den Kreis Glogau, Regierungsbereit-Liegis, versetzt worden.

Angekommen: Se. Exzellenz der herzoglich anhalt-desauische Staats-Minister v. Plötz von Dessau. — Abgereist: Se. Durchlaucht der General-Lieutenant und Kommandeur der 6ten Division, Fürst Wilhelm von Radziwill, nach Torgau.

Die neueste Nummer des Justizministerialblattes enthält in ihrem amtlichen Theile 1) eine allgemeine Verfügung, wonach in Schwurgerichtsachen die Vollstreckung der Strafe, die Berichterstattung über etwaige Begnadigungsversuche, die Einziehung der Kosten und die Aufbewahrung der Akten von denjenigen Kreisgerichten erfolgen soll, bei welchem das Schwurgericht abgehalten worden ist; 2) ein Erkenntniß des Gerichtshofes zur Entscheidung der Kompetenz-Konflikte von 28. Dezember v. J., wonach die Anstellung einer gerichtlichen Stellungsfestsetzung haben und jedes von beiden, den Angriff des Gegners erwartend, lediglich dem andern durch Kalbfäuligkeit und Phlegma zu imponieren gedenkt. Wie lange dieses Spiel noch währen kann, liegt außer dem Bereiche aller menschlichen Berechnung, und wer möchte es nicht für belästigend halten, ein so fruchtloses und unergiebliches Gesamt unter den deutschen Regierungen zur Herstellung einer einheitlichen Staatsgewalt für Deutschland entzrennen zu sehen? Mehe oder weniger trifft die Schuld allein in leichter Zeit vornämlich Österreich und seine Bundesgenossen.

In Betreff der französischen Protestnote sagt der Han-

overische Corresp.: „Außer den Ihnen seinerzeit gemelbten Noten von Seiten Englands und Frankreichs und der hierauf ertheilten Antwort Österreichs ist am 21. Jan. nunmehr vorliebig eine Protestnote von Frankreich in Wien eingegangen, welche sich sehr entschieden gegen den Eintrett des österreichischen Gesamtstaates in den Bund ausspricht und bemerkt, daß Frankreich diesen Bruch der Verträge von 1815 nicht zugesetzen werde. Wenn man daraus einen causus belli heraustrüsst, so ist dies nur indirekt, wodurch der heftigen Sprache der Note zu nehmen. Österreich bereitet eine Erwidlung darauf vor, die schon nächster Tage übergeben und von der gleichzeitig eine Abschrift allen europäischen Mächten mitgetheilt werden soll. Österreich will hierin sein bis jetzt eingehaltenes Versprechen in der deutschen Angelegenheit rechtfertigen und den eminenten Beweis führen, daß für die Ruhe und Ordnung Deutschlands und Europas, für die Stabilität der Zustände in Deutschland, Italien, der Schweiz und Frankreich die Verbindung aller seiner Staaten mit Deutschland im deutschen Bunde unabkönnlich und durch die Natur der Sache und seine günstige Lage im Mittelpunkte aller dieser Staaten geboten wird.“

Die durch die Verhandlungen in der ersten Kammer bekannt gewordene Schrift des Abg. Harkort: „Bürger- und Bauernbrief, Berlin 1851 bei Karl Kleemann“, welche noch vor ihrem Erscheinen mit Beschlag belegt wurde, ist von der Reichskammer des hiesigen Stadtgerichts für gesetzwidrig erachtet worden und ist die Beschlagnahme deshalb gleichzeitig genehmigt worden. (Bes. 3.)

Ein Gelehrter von unzweifelhaft konservativer Gemüthsart,

als Theologe bekannte Professor Lücke in Göttingen, nimmt in

dem Februarheft der hier erscheinenden „Deutschen Zeitschrift“

Veranlassung, sich bei Gelegenheit der Beurteilung eines aus

dem Dänischen ins Deutsche übertragenen Lehrbuches der

Dogmatik, für das Recht der Herzogthümer Schleswig und Holstein auszusprechen. Er hält es für Pflicht,

ausdrücklich zu erklären, daß ich entschlossen und standhaft in dem gegenwärtigen Streit — und zwar eben als christlicher Theolog — zu meinen deutschen Brüdern in Holstein und Schleswig und ihrem unzweifelhaften Rechte stehe und halte.“

Dieser Erklärung ist in einer Anfangs Januar geschiebenen gezeigten die die Erhebung der Herzogthümer verbannenden Artikel der „Evangel. Kirchen-Zeitung“ gerichtet. Am 1. Februar ist der Bericht des Abg. Harkort: „Bürger- und Bauernbrief, Berlin 1851 bei Karl Kleemann“, welche noch vor ihrem Erscheinen mit Beschlag belegt wurde, ist von der Reichskammer des hiesigen Stadtgerichts für gesetzwidrig erachtet worden und ist die Beschlagnahme deshalb gleichzeitig genehmigt worden.

(Bes. 3.)

Als Vorläufer der soeben erwähnten österreichischen Erwidlung

wüssten wir einen Artikel im ebd. österreichischen „Dresdener Journal“ ansehen. Der Artikel ist gegen die bekannten Aus-

einanderseitungen des Journ. des Déb. gerichtet. Wir heilen

eine significante Stellen des Dresdener Blattes mit. Das

Journ. des Déb. kann nicht begreifen, wie es Österreich an-

gefangen habe, um Bayern, Sachsen, Württemberg und die an-

deren deutschen Staaten für sich zu gewinnen, zu verführen oder

eingeschüchtert. Auch behauptet das Journ. des Déb. es hande-

sich dabei um die Gefährdung der Verträge von 1815, welche

nur von allen Mächten gemeinsam abgeändert werden könnten,

und durch welche die Grenzen des deutschen Bundes gerade so

festgestellt worden seien, wie die von Frankreich. — Das Dres-

dener Journ. sagt: „Die deutschen Staaten zweiten Ranges, deren Zustimmung dem Journ. des Déb. so unbegreiflich er-

scheint, können den Eindruck auch der noch übrigen österre-

ichischen Lände in den Bund nur freudig begrüßen.“

Dazu brachte es für den Deutschen wieder der Nebber-

erung noch der Verführung oder Einschüchterung. Es ist

der gezeigte Weg, um die vom 28. März und 28. Mai

unerfüllt gelassenen Hoffnungen zu verwirklichen und weit

zu übertreffen. Die Zukunft deutscher Macht und deut-

scher Nation liegt nach dieser Seite und ihre Entwick-

lung wird gekräfftigt durch Alles, was die längst vor-

handene Solidarität der Interessen in diesem Sinne frucht-

bringend heraus- und durchbildet.“ Die französische An-

rufung der Verträge von 1815 gegen den Eintrett der

noch nicht zum deutschen Bunde gehörigen österreichischen

Staaten ist aber nur ein schierer Anhalt zum Widerstreit. Denn an der Contrahierung der Bundesakte hat Frankreich keinen Theil. Das einzige Verhältnis, in dem es zu derseinen in Folge der Aufnahme der Bundesakte in die Schlusstafel des

Wiener Kongresses steht, ist das eines mit den andern Unter-

zeichnern der Schlusstafel, also auch mit Österreich, Preußen, Russland gemeinsamen, keineswegs ausschließlichen Garantien deselben. Als Garant kann aber Niemand rechtlich begründeten Einspruch gegen Abänderungen eines von ihm ga-

rantierten Vertrages, sobald die Contrahenten desselben

darüber einig sind, erheben. Unrichtig ist ferner die Be-

hauptung, daß die Grenzen des Deutschen Bundes damals ge-

rade so festgestellt worden seien, wie die von Frankreich. Diese

Wiederholung war ebenfalls durch den Pariser Vertrag vom 20. No-

vember 1815 normirt, über den deutschen Bunde existiren aber

mit der von der Bundesakte selbst getroffenen Bestimmungen,

wonach Österreich wenigstens mit allen seinen ehemals beim

Reiche gehörigen Landen dagegen gehalten soll. Erst 1818 erklärten

Österreich sowie Preußen in Frankfurt, welche von ihren Ge-

bieten sie zum Bunde zählen wollten. Österreich machte da-

ns von seinen Rechten hinsichtlich seiner italienischen

Staaten keinen Gebrauch, hat aber auch nie auf die selben

verzichtet. Man wird sich aber wohl in Paris erinnern,

dass die Lombarden und andere italienische Lände zum deut-

schischen Reiche in sehr bestimmten staatsrechtlichen Verhältnissen gesetzen haben, und es nimmt sich daher z. B. im Journ. des Déb.

die Behauptung sehr eigenhändig aus, daß das Herzogthum

Maienland Deutschland bisher gänzlich fremd gewesen sei. Für

Politiker übrigens, denen die Consolidation der für den

europäischen Frieden stets von der größten Bedeutung ge-

haltenen deutschen Verhältnisse in wohlwollendem Sinne

geachtet werden, ist es nicht möglich, daß die

französische Anrufung der Verträge von 1815 gegen die

österreichischen Staaten, nicht die mindeste Bedeutung erhebe.

Die ministerielle Kritik hatte momentan die Angelegenheiten

des Kontinents etwas in den Hintergrund gedrängt; aber bis zu

dieser Stunde drängten sich jetzt dem Governement von selbst auf

die französische Anrufung und ließen sie nicht los.

SIC

Der erste Korrespondent bemerkt in Beziehung auf die Kommissionen und eine etwa zu erwartende Plenarversammlung Folgendes: „Die zweite und dritte Kommission, so wie die der Sachverständigen arbeiten unaufhaltsam fort; die erste beschäftigt sich, unter Constitution einer Subkommission aus Mitgliedern anderer Staaten als die der zweiten Kommission, mit einem neuen Entwurf, welcher die Kompetenz des Neuerkollegiums gegenüber dem Plenum feststellen soll. Im ersten Entwurf war dem Plenum eine nur sehr untergeordnete Befugnis zugewiesen, die sich auf die allgemeine Regelung der Gesetzgebung der Einzelstaaten bezogen; dagegen war alle Befugnis der ehemaligen Bundes- und der Wiener Schulgäste mit nur sehr wenigen Ausnahmen der Kompetenz des Neuerkollegiums zugekehrt. Jetzt will man diese Kompetenz dahin modifizieren, daß eine

Zu der der deutschen Angelegenheit innerwohnenden Schwierigkeit und Verwirrung kommt jetzt noch die scheinbare Unmöglichkeit eines entschiedenen Auftretens Stitens des englischen Gouvernements. Österreich weiß recht gut, daß die Existenz des gegenwärtigen Kabinetts fortwährend bedroht ist, daß man dasselbe fast nur als provisorisch ansieht, und daß Generalwahlen ein Ministerium des Auswärtigen an die Gewalt bringen können, welches ganz andere Prinzipien als die des Lord Palmerston befolgt.

Alein trotz der prekären Position des Kabinetts wird Lord Palmerston keinen Anstand nehmen, in der deutschen Angelegenheit wie in den andern europäischen Fragen kräftig und entschieden aufzutreten.

Der Marquis v. Normanby hatte gestern in Folge des Kabinettstreits eine Zusammenkunft mit Lord John Russell. Der Marquis wird nach Paris zurückkehren mit den Wünschen des englischen Kabinetts, die Verbindung zwischen den Regierungen von Frankreich und Großbritannien enger zu knüpfen, um zusammen und mit Festigkeit auftreten zu können, wenn es sich darum handeln wird, die Absichten zurückzuweisen, welche man bei Österreich gegen die Unabhängigkeit der Schweiz und Piemonts vermutet.

Wenn die absolutistischen Mächte sich geneigt zeigen sollten, die parlamentarischen Differenzen zu benügen, um ihre Pläne zu verwirklichen, so werden sie zu bedenken haben, daß England die Kriegsmaut in diesem Jahre nicht reduzieren, und zwar namentlich wegen des Militär-Aufwandes in Deutschland. Gewiß ist, daß nichts das englische Kabinett so sehr konsternieren könnte, als das Drohen eines Krieges in Europa, hervorgerufen durch ungerechte Prätenzen Seitens Österreichs.

Über die Situation der Minister-Krisis ist nichts Neues zu melden. Man erwartet mit großer Spannung die heute Abend in beiden Häusern zu gebende Erklärung der Minister, von der das Verbleiben oder der definitive Rücktritt des Kabinetts abhängt wird.

Ein Gegenstand, mit dem man sich in diesem Augenblick hier viel beschäftigt, ist die Wiederaufnahme des Krieges gegen die Kaffern am Kap der guten Hoffnung. In der gefrierten Sitzung des Oberhauses wurde das Ministerium über diesen Gegenstand interpelliert und über die Militärkraft befragt, welche das Gouvernement zur Disposition hat, um die Inkursions der Kaffern zurückzuschlagen. Graf Grey, Staatssekretär der Kolonien, vertheidigte nicht, daß die Engländer zahlreiche und bedauerliche Verluste in den letzten Kämpfen erlitten haben. Er fügte hinzu, daß das Gouvernement Verstärkungen nach dem Kap beordert und hoffentlich in Kürze die Nachricht erhalten werde, daß die Insurrektion der Kaffern bezwungen sei.

Ein zahlreicher Meeting von Industriellen hatte sich vorgestern versammelt und schickte eine Deputation an Lord Stanley und Herrn Dorsetz, um ihnen für ihre Haltung in dem Oberhause zu danken. Die Erwidерungen der beiden Staatsmänner sind mit großem Beifall aufgenommen worden. Lord Stanleys Klarer als Disraeli, begnügte sich zu danken, ohne etwas zu versprechen; sein Freund und Kollege hingegen sprach das größte Vertrauen aus auf einen baldigen Triumph. Es ging aus den beiden Reden klar hervor, daß, wenn Lord Stanley nur wenig Lust hätte, ein Kabinett zu bilden, Herr Disraeli nichts so sehr verlangte als in das Kabinett einzutreten.

Italien.

Eine Korrespondenz aus Rom vom 24. Februar in Daily News erzählt eine höchst wunderliche, aber für die dortigen Zustände nur charakteristische Polizeigeschichte. Die römische Polizei hat die Engländer in der ewigen Stadt in Verdacht, daß sie dem Papst Pius IX. nach dem Leben trachten! Ein ehemaliger Sertori, ein Protestant und naturalistischer Bruder aus Ancona, der beim anglikanischen Gesandtschaftskaplan, Herrn Bassett, viel ausgeschwiegen und schickte eine Deputation an Lord Stanley und Herrn Dorsetz, um ihnen für ihre Haltung in dem Oberhause zu danken. Die Erwidерungen der beiden Staatsmänner sind mit großem Beifall aufgenommen worden. Lord Stanleys Klarer als Disraeli, begnügte sich zu danken, ohne etwas zu versprechen; sein Freund und Kollege hingegen sprach das größte Vertrauen aus auf einen baldigen Triumph. Es ging aus den beiden Reden klar hervor, daß, wenn Lord Stanley nur wenig Lust hätte, ein Kabinett zu bilden, Herr Disraeli nichts so sehr verlangte als in das Kabinett einzutreten.

Schweiz.

Bern, 5. März. [Flüchtlinge.] Von den durch Beschluss der Bundes-Versammlung 1849 ausgewiesenen 48 militärischen und politischen Führern des badischen und rheinpfälzischen Aufstandes befinden sich nur noch zwei in der Schweiz: Babo von Emmendingen und v' Ester von Köln. Dem Ester gelang es, unter falschem Namen Aufenthalt zu bekommen; neulich wurde er entdeckt, mußte Caution leisten für allfällige Entfernung und wird ausgewiesen, sobald es seine Gesundheits-Umsände erlauben. Hinsichtlich v' Esters haben verschiedene Gründe die Polizei bislang verzögert. Er läugnet beharrlich seine Theilnahme an den Ereignissen in Baden und Rheinland, was Nachforschungen zur Folge hatte; ferner mußte er in Folge von Requisitionen verkommen werden, und endlich hatten Besuch v' Esters, im Canzon-Freiburg die Nationalisation zu erhalten, verschiedene Anstände zur Folge. Inzwischen lebt er als Arzt in Châtel-St-Denis, mehr als 40 Stunden von der deutschen Grenze entfernt. Was die Gesamtheit der deutschen Flüchtlinge betrifft, so befinden sich nach der eidgenössischen General-Controle noch 482 Flüchtlinge in der Schweiz, nämlich 195 Badener, 23 Württemberger, 47 Rheinländer, 22 Polen, 73 Preußen, 32 Österreicher, 24 Sachsen, 15 Hessen, 2 Mecklenburger, 17 Italiener und 31 Franzosen. Sie sind den Kantonen in folgendem Verhältnisse zugeheiligt: Zürich 63, Bern 97, Luzern 25, Uri 1, Schwyz 6, Unterwalden 1, Glarus 3, Zug 1, Freiburg 24, Solothurn 20, Aargau 9, St. Gallen 20, Graubünden 19, Aargau 45, Thurgau 25, Wädenswil 10, Neuenburg 23, Genf 15. Die Internierung sämlicher Flüchtlinge bis auf 8 Stunden von der deutschen Grenze ist bekannt. (Fr. D. P. A. B.)

seinem Aussprache. Die Kommission setzte darauf dem Minister des Innern eine Frist, bis zu welcher er das Beratungsbüro der Wahlen einzubringen habe. Ist diese Frist abgelaufen, wird die Kommission die Initiative zu der Beratung ergriffen.

Paris, 7. März. [Tagesbericht.] Zwei Dinge haben heute die öffentliche Meinung im hohen Grade beschäftigt. Zunächst der Bericht des Postzöpfen-Carlier an den Präsidenten der Republik über die Manifestationen am 24. Februar, nach einer Mitteilung des "Siccle." Ist diese Mitteilung authentisch und hat Carlier in der That einen solchen Bericht erstattet, so liegen sich hieraus inhaltvolle Konsequenzen für die Zukunft des Landes schöpfen. Ich hoffe einige Stellen aus dem erwähnten Artikel mit:

"Seit einigen Tagen ist von einem vertraulichen Bericht die Rede, den der Polizeipräsident an den Präsidenten der Republik erstattet haben soll, über die republikanische Manifestation, welche den dritten Jahrestag des 24. Februar bezeichnet hat.

Nach diesem Bericht ist der Polizeipräsident von der am diesem Tage von der Pariser Bevölkerung kundgegebenen republikanischen Stimmung tief ergriffen worden. Er hat sich unter alle Gruppen gemischt, er hat Alles gesehen und Wissens gebörd; er hat die zahlreichen Berichte seines Agenten empfangen und in Folge dieser, so zu sagen unbestreitbare Informationen hat Herr Carlier in seinem Bericht abgefaßt. Herr Carlier versichert darin, daß die verschiedensten Klassen der Pariser Bevölkerung unser neuen Institutionen ganz ergeben sind, daß die Handelsbetriebe und selbst die Krämer aus Furcht vor neuen Revolutionen die gegenwärtigen Institutionen als einen Rettungsanker betrachten.

"Man darf sich nicht täuschen, soll Herr Carlier schreiben, die öffentliche Meinung ist demokratisch und republikanisch."

"Wenn unsere Nachrichten exakt sind — fährt das Journal fort — so geht der erste Beamte von Paris in seinem Berichte noch weiter. Er begnügt sich nicht, die thürlose Kraft zu würdigen, welche sich jeder monarchischen Restauratoren widerstellt, sondern auch den thätigen Widerstand, auf den ein solcher Versuch stoßen würde. So soll aus diesem Dokumente hervorgehen, daß wenn irgend ein Versuch gegen die Republik unternommen werden sollte, die Anzahl der jungen, thätigen und unerschrocken Männer, die sie mit den Waffen in der Hand zu verteidigen bereit sind, sich auf 20—25,000 belaufen würde.

"Ein anderer in dem Bericht erwähnter Umstand ist von großer Bedeutung: daß nämlich unter den Tausenden von Gazen, die auf die Gräber der Juli und Februar-Kämpfer niedergelegt worden sind, die Polizei nicht eins jener verächtlichen Embleme entdeckt hat, welche im vorigen Jahre den Normand zum Wegschaffen der Kränze gegeben haben; keine physischen Mützen, keine unkonstitutionellen Inschriften, keine Beleidigungen auf die Beschlüsse der Justiz, keine Aufforderung zur Unordnung und zum Hass. Die Republik und nichts als die Republik, die Konstitution, und die ganze Konstitution. Dies soll für den Polizeipräsidienten die Bedeutung des 24. Februar gewesen sein."

Die Abend-Journale stellen in einer "mitgetheilten" Note diesen Bericht in Abrede.

Ein zweites sind die Wahlen der Nationalgarde, die die Regierung am 25. März nach dem allgemeinen Stimmrecht vornehmen lassen will. (S. den vorstehenden Artikel.) Der Gegenstand wird zu einer heftigen Debatte in der Nationalversammlung führen; morgen soll bereits eine Interpellation hierüber stattfinden. Das Motiv, welches das Elfe in dieser Angelegenheit zu leisten scheint, ist die Hoffnung, daß die Wahlen nach dem allgemeinen Stimmrecht nicht zu demokratisch und viel günstiger für das Elfe aussfallen würden, als wenn sie nach dem beschränkten Wahlgesetz vorgenommen würden.

Die Budget-Kommission soll namentlich über die schwedende Staatschuld in großer Besorgnis sein. Wahrscheinlich wird man zu der Ansicht seine Zuflucht nehmen müssen, die Herr Fouad vermeiden zu können glaubte.

Provinzial - Zeitung.

Bern, 5. März. [Flüchtlinge.] Von den durch Beschluss der Bundes-Versammlung 1849 ausgewiesenen 48 militärischen und politischen Führern des badischen und rheinpfälzischen Aufstandes befinden sich nur noch zwei in der Schweiz: Babo von Emmendingen und v' Ester von Köln. Dem Ester gelang es, unter falschem Namen Aufenthalt zu bekommen; neulich wurde er entdeckt, mußte Caution leisten für allfällige Entwicklung und wird ausgewiesen, sobald es seine Gesundheits-Umsände erlauben. Hinsichtlich v' Esters haben verschiedene Gründe die Polizei bislang verzögert. Er läugnet beharrlich seine Theilnahme an den Ereignissen in Baden und Rheinland, was Nachforschungen zur Folge hatte; ferner mußte er in Folge von Requisitionen verkommen werden, und endlich hatten Besuch v' Esters, im Canzon-Freiburg die Nationalisation zu erhalten, verschiedene Anstände zur Folge. Inzwischen lebt er als Arzt in Châtel-St-Denis, mehr als 40 Stunden von der deutschen Grenze entfernt. Was die Gesamtheit der deutschen Flüchtlinge betrifft, so befinden sich nach der eidgenössischen General-Controle noch 482 Flüchtlinge in der Schweiz, nämlich 195 Badener, 23 Württemberger, 47 Rheinländer, 22 Polen, 73 Preußen, 32 Österreicher, 24 Sachsen, 15 Hessen, 2 Mecklenburger, 17 Italiener und 31 Franzosen. Sie sind den Kantonen in folgendem Verhältnisse zugeheiligt: Zürich 63, Bern 97, Luzern 25, Uri 1, Schwyz 6, Unterwalden 1, Glarus 3, Zug 1, Freiburg 24, Solothurn 20, Aargau 9, St. Gallen 20, Graubünden 19, Aargau 45, Thurgau 25, Wädenswil 10, Neuenburg 23, Genf 15. Die Internierung sämlicher Flüchtlinge bis auf 8 Stunden von der deutschen Grenze ist bekannt. (Fr. D. P. A. B.)

Breslau, 10. März. [Aus dem Gemeinderath.] Ein Schreiben des Ministers für Handel und Gewerbe zeigt an, daß die erste Kammer die Petition des hiesigen Magistrats wegen Übernahme der Beiträge zum Bankgerichtsamt-Mortisationsfonds durch den Staat an die betreffenden Ministerien überwiesen habe. Von diesen wurde jedoch das Gesuch wiederholts abgelehnt. Durch Erlass des Handelsministers vom 20. v. M. und mittelst Verfügung der hiesigen Regierung vom 28. ist sogar die möglichst schleunige Einziehung der Beiträge angeordnet worden. — Die Verfassung genehmigt die Dringlichkeit einer in dieser Angelegenheit vom Magistrat einvernehmliche Vorstellung an das Staatsministerium und beschließt ohne vorherige Debatte deren Mitwollziehung.

Auf die in letzter Sitzung vollzogenen Stadtrathswahlen sind folgende Erklärungen eingegangen:

1. Herr Oberst a. D. Gorius macht geltend, daß er die Wahl weder annehmen könne noch dulde, da er noch kein volles Jahr hier anwesend und durch häusliche Angelegenheiten wie durch Krankheit davon verhindert sei.
2. Herr Kaufmann Ottomar Molinari erklärt, dem an ihn ergangene Rufe bezüglich nicht folgen zu können, weil er durch Nebenanteile schon vielfach beansprucht sei und die Leistung seines Geschäftes so viele Zeit erfordere, daß er den neuen Amtsnachfolger nicht genügen könne.
3. Herr Stadtrath Heymann gibt an, er werde durch Familienrückstösse, die immer mehr und mehr hervortreten, gezwungen, die früher von ihm ertheilte mündliche Zusage zurückzunehmen.

Breslau, 7. März. [Aus dem Gemeinderath.] Ein Schreiben des Ministers für Handel und Gewerbe zeigt an, daß die erste Kammer die Petition des hiesigen Magistrats wegen Übernahme der Beiträge zum Bankgerichtsamt-Mortisationsfonds durch den Staat an die betreffenden Ministerien überwiesen habe. Von diesen wurde jedoch das Gesuch wiederholts abgelehnt. Durch Erlass des Handelsministers vom 20. v. M. und mittelst Verfügung der hiesigen Regierung vom 28. ist sogar die möglichst schleunige Einziehung der Beiträge angeordnet worden. — Die Verfassung genehmigt die Dringlichkeit einer in dieser Angelegenheit vom Magistrat einvernehmliche Vorstellung an das Staatsministerium und beschließt ohne vorherige Debatte deren Mitwollziehung.

Auf die in letzter Sitzung vollzogenen Stadtrathswahlen sind folgende Erklärungen eingegangen:

1. Herr Oberst a. D. Gorius macht geltend, daß er die Wahl weder annehmen könne noch dulde, da er noch kein volles Jahr hier anwesend und durch häusliche Angelegenheiten wie durch Krankheit davon verhindert sei.

2. Herr Kaufmann Ottomar Molinari erklärt, dem an ihn ergangene Rufe bezüglich nicht folgen zu können, weil er durch Nebenanteile schon vielfach beansprucht sei und die Leistung seines Geschäftes so viele Zeit erfordere, daß er den neuen Amtsnachfolger nicht genügen könne.

3. Herr Stadtrath Heymann gibt an, er werde durch Familienrückstösse, die immer mehr und mehr hervortreten, gezwungen, die früher von ihm ertheilte mündliche Zusage zurückzunehmen.

Die Versammlung erachtet die angeführten Gründe für ausreichend, um die genannten Herren von der Annahme der Wahl zu entbinden und beschließt, an deren Stelle beinahe die Neuwahlen vorzunehmen. Außer diesen dreien wird in einer der nächsten Sitzungen auch noch eine vierte Stadtrath-Wahl erfolgen. Von den Herren Parkulier Barckewitz und Prof. Kusen ist noch keine Erklärung eingegangen.

Vom Vorsitzenden wird folgendes Schreiben verlesen:

Wohlgebührer Gemeinderath!

Wie ich äußerlich erahnen, daß bei der am vergangenen Mittwoch in der goldenen Band stattgefundenen Beratung einer Sitzung des Gemeinderathes über die am folgenden Tage vorzunehmenden Stadtrathswahlen einer der Anwesenden zur Motivierung seines gegen meine Wahl getriebenen von Herrn v. M. geschah, wird ich den Verfasser eines gegen des Königs Majestät gerichteten Schmähgedichtes sei. Ich will gern glauben, daß diese verlämdernde Lüge nicht das Nachwort des Redners gewesen, vielmehr annimmen, daß sie ihm aus ancheinend glaubhafter Quelle zugegangen sei, wiewohl ich auch für diesen Fall ausdrücklich für meine amtliche Stellung, daß ich denjenigen Erfreuer, der mich in dem Gang der Bevölkerung hervorgerufen habe, als verantwortlich halte, mich für meine Ehre so schamhaft gegen mich selbst geschädigt habe. Das Geschehen läßt sich inzwischen nicht anders wohl erklären, als daß der Redner, der die Lüge gegen mich lebte, sich mir nicht läßt. Ich will gern glauben, daß meine amtliche Stellung, daß ich denjenigen Erfreuer, der mich in dem Gang der Bevölkerung hervorgerufen habe, als verantwortlich halte, mich für meine Ehre so schamhaft gegen mich selbst geschädigt habe. Das Geschehen läßt sich inzwischen nicht anders wohl erklären, als daß der Redner, der die Lüge gegen mich lebte, sich mir nicht läßt. Ich will gern glauben, daß meine amtliche Stellung, daß ich denjenigen Erfreuer, der mich in dem Gang der Bevölkerung hervorgerufen habe, als verantwortlich halte, mich für meine Ehre so schamhaft gegen mich selbst geschädigt habe. Das Geschehen läßt sich inzwischen nicht anders wohl erklären, als daß der Redner, der die Lüge gegen mich lebte, sich mir nicht läßt. Ich will gern glauben, daß meine amtliche Stellung, daß ich denjenigen Erfreuer, der mich in dem Gang der Bevölkerung hervorgerufen habe, als verantwortlich halte, mich für meine Ehre so schamhaft gegen mich selbst geschädigt habe. Das Geschehen läßt sich inzwischen nicht anders wohl erklären, als daß der Redner, der die Lüge gegen mich lebte, sich mir nicht läßt. Ich will gern glauben, daß meine amtliche Stellung, daß ich denjenigen Erfreuer, der mich in dem Gang der Bevölkerung hervorgerufen habe, als verantwortlich halte, mich für meine Ehre so schamhaft gegen mich selbst geschädigt habe. Das Geschehen läßt sich inzwischen nicht anders wohl erklären, als daß der Redner, der die Lüge gegen mich lebte, sich mir nicht läßt. Ich will gern glauben, daß meine amtliche Stellung, daß ich denjenigen Erfreuer, der mich in dem Gang der Bevölkerung hervorgerufen habe, als verantwortlich halte, mich für meine Ehre so schamhaft gegen mich selbst geschädigt habe. Das Geschehen läßt sich inzwischen nicht anders wohl erklären, als daß der Redner, der die Lüge gegen mich lebte, sich mir nicht läßt. Ich will gern glauben, daß meine amtliche Stellung, daß ich denjenigen Erfreuer, der mich in dem Gang der Bevölkerung hervorgerufen habe, als verantwortlich halte, mich für meine Ehre so schamhaft gegen mich selbst geschädigt habe. Das Geschehen läßt sich inzwischen nicht anders wohl erklären, als daß der Redner, der die Lüge gegen mich lebte, sich mir nicht läßt. Ich will gern glauben, daß meine amtliche Stellung, daß ich denjenigen Erfreuer, der mich in dem Gang der Bevölkerung hervorgerufen habe, als verantwortlich halte, mich für meine Ehre so schamhaft gegen mich selbst geschädigt habe. Das Geschehen läßt sich inzwischen nicht anders wohl erklären, als daß der Redner, der die Lüge gegen mich lebte, sich mir nicht läßt. Ich will gern glauben, daß meine amtliche Stellung, daß ich denjenigen Erfreuer, der mich in dem Gang der Bevölkerung hervorgerufen habe, als verantwortlich halte, mich für meine Ehre so schamhaft gegen mich selbst geschädigt habe. Das Geschehen läßt sich inzwischen nicht anders wohl erklären, als daß der Redner, der die Lüge gegen mich lebte, sich mir nicht läßt. Ich will gern glauben, daß meine amtliche Stellung, daß ich denjenigen Erfreuer, der mich in dem Gang der Bevölkerung hervorgerufen habe, als verantwortlich halte, mich für meine Ehre so schamhaft gegen mich selbst geschädigt habe. Das Geschehen läßt sich inzwischen nicht anders wohl erklären, als daß der Redner, der die Lüge gegen mich lebte, sich mir nicht läßt. Ich will gern glauben, daß meine amtliche Stellung, daß ich denjenigen Erfreuer, der mich in dem Gang der Bevölkerung hervorgerufen habe, als verantwortlich halte, mich für meine Ehre so schamhaft gegen mich selbst geschädigt habe. Das Geschehen läßt sich inzwischen nicht anders wohl erklären, als daß der Redner, der die Lüge gegen mich lebte, sich mir nicht läßt. Ich will gern glauben, daß meine amtliche Stellung, daß ich denjenigen Erfreuer, der mich in dem Gang der Bevölkerung hervorgerufen habe, als verantwortlich halte, mich für meine Ehre so schamhaft gegen mich selbst geschädigt habe. Das Geschehen läßt sich inzwischen nicht anders wohl erklären, als daß der Redner, der die Lüge gegen mich lebte, sich mir nicht läßt. Ich will gern glauben, daß meine amtliche Stellung, daß ich denjenigen Erfreuer, der mich in dem Gang der Bevölkerung hervorgerufen habe, als verantwortlich halte, mich für meine Ehre so schamhaft gegen mich selbst geschädigt habe. Das Geschehen läßt sich inzwischen nicht anders wohl erklären, als daß der Redner, der die Lüge gegen mich lebte, sich mir nicht läßt. Ich will gern glauben, daß meine amtliche Stellung, daß ich denjenigen Erfreuer, der mich in dem Gang der Bevölkerung hervorgerufen habe, als verantwortlich halte, mich für meine Ehre so schamhaft gegen mich selbst geschädigt habe. Das Geschehen läßt sich inzwischen nicht anders wohl erklären, als daß der Redner, der die Lüge gegen mich lebte, sich mir nicht läßt. Ich will gern glauben, daß meine amtliche Stellung, daß ich denjenigen Erfreuer, der mich in dem Gang der Bevölkerung hervorgerufen habe, als verantwortlich halte, mich für meine Ehre so schamhaft gegen mich selbst geschädigt habe. Das Geschehen läßt sich inzwischen nicht anders wohl erklären, als daß der Redner, der die Lüge gegen mich lebte, sich mir nicht läßt. Ich will gern glauben, daß meine amtliche Stellung, daß ich denjenigen Erfreuer, der mich in dem Gang der Bevölkerung hervorgerufen habe, als verantwortlich halte, mich für meine Ehre so schamhaft gegen mich selbst geschädigt habe. Das Geschehen läßt sich inzwischen nicht anders wohl erklären, als daß der Redner, der die Lüge gegen mich lebte, sich mir nicht läßt. Ich will gern glauben, daß meine amtliche Stellung, daß ich denjenigen Erfreuer, der mich in dem Gang der Bevölkerung hervorgerufen habe, als verantwortlich halte, mich für meine Ehre so schamhaft gegen mich selbst geschädigt habe. Das Geschehen läßt sich inzwischen nicht anders wohl erklären, als daß der Redner, der die Lüge gegen mich lebte, sich mir nicht läßt. Ich will gern glauben, daß meine amtliche Stellung, daß ich denjenigen Erfreuer, der mich in dem Gang der Bevölkerung hervorgerufen habe, als verantwortlich halte, mich für meine Ehre so schamhaft gegen mich selbst geschädigt habe. Das Geschehen läßt sich inzwischen nicht anders wohl erklären, als daß der Redner, der die Lüge gegen mich lebte, sich mir nicht läßt. Ich will gern glauben, daß meine amtliche Stellung, daß ich denjenigen Erfreuer, der mich in dem Gang der Bevölkerung hervorgerufen habe, als verantwortlich halte, mich für meine Ehre so schamhaft gegen mich selbst geschädigt habe. Das Geschehen läßt sich inzwischen nicht anders wohl erklären, als daß der Redner, der die Lüge gegen mich lebte, sich mir nicht läßt. Ich will gern glauben, daß meine amtliche Stellung, daß ich denjenigen Erfreuer, der mich in dem Gang der Bevölkerung hervorgerufen habe, als verantwortlich halte, mich für meine Ehre so schamhaft gegen

Theater: Repertoire.
Dienstag den 11. März. 63ste Vorstellung des ersten Abonnements von 70 Vorstellungen.
Die Jüdin. Große Oper mit Tanz in 4 Akten von Scribe, übersezt von E. Einemrich. Musik von Salvi.

Mittwoch den 12. März. Bei aufgehobenem Abonnement. *Zum Benevitz des Krln. Höfes.* Neu einführt: *Ein Sommer-nachtström.* Dramatisches Gedicht in 3 Aufzügen mit Tanz von Shakespear, übersezt von A. W. v. Schlegel für die Bühne eingerichtet von E. Tietz. Musik von Felix Mendelssohn-Bartholdy.

Als Verlobte empfehlen sich Verwandten und Freunden: Pauline Frischmann. Alexander Teichelmann. Reichenbach in Schles., den 9. März 1851.

Entbindung-Anzeige.

Die heute Vormittag 9 Uhr glücklich erfolgte Entbindung meiner geliebten Frau Franziska, geb. Böck, von einem gesunden starken Knaben, beeindruckt mich hiermit threibend mein Freund und Bekannter statt jeder besonderen Melbung anzugeben.

Waldenburg, den 9. März 1851.

Robert Kühn, Buchhändler.

Entbindung-Anzeige.
Die gestern Nachts 11 Uhr erfolgte glückliche Entbindung seiner lieben Frau Anna, geb. Heymann, von einem gesunden Mädchen, zeigt Verwandten und Freunden ergebenst an:

Breslau, den 10. März 1851.

Johann Dugdán.

Entbindung-Anzeige.

Die heute Nachmittag 2 Uhr erfolgte schwere Entbindung meiner lieben Frau Eleonore, geb. Philipp, von einem muntern Mädchen beeindruckt mich allen meinen lieben Freunden und Bekannten hiermit ergebenst an zu zeigen.

Breslau, den 10. März 1851.

C. Auras.

Entbindung-Anzeige.

Heute wurde meine liebe Frau Rosalie, geb. Ledermann, von einem muntern Knaben glücklich entbunden. Dies Bekannten und Verwandten statt jeder besonderen Melbung:

Breslau, den 9. März 1851.

Karl Landau.

Todes-Anzeige.

Den gestern früh nach langen Leiden erfolgten Tod unseres unglücklich geliebten Sohnes, Bruders und Schwagers, des Königl. Kreisgerichts-Kanzleidirektors, Rentenamts-Les. Engel hier selbst zeigen wir liegegebeut unseren Freunden hierdurch an.

Schweidnitz, den 10. März 1851.

Die Hinterbliebenen.

Todes-Anzeige.
Heute früh um 3 Uhr entriss uns der unerbittliche Tod unser geliebtes Tochterchen Henriette, in dem Alter von 5 Jahren und 4 Monaten. Liebstertrübt widmen wir Verwandten und Freunden diese Anzeige mit der Bitte um Hilfenahme.

Breslau, den 10. März 1851.

Louis Reichenbach und Frau.

Todes-Anzeige.

Statt jeder besonderen Melbung. Heute in der 6. Abendstunde endete saniat das heure Leben unseres lieben guten Vaters, Schwieger- und Großvaters, des pensionirten Kastells, Johann Georg Bourgarde, in dem ehrenwollen Alter von 87 Jahren. Diese traurige Anzeige widmen liebhabenden Verwandten und Freunden.

G. J. Bourgarde, als Sohn, Maria Bourgarde, geb. Herbst, als Schwiegertöchter, Josephine Elisabeth Georg Johannes als Enkel. Marx Breslau, den 9. März 1851.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 13. Nachmittag um 3 Uhr auf dem großen Kirchhof statt.

Todes-Anzeige.

Die heute früh halb 2 Uhr nach langem Leiden durch einen sanften Tod erfolgte Erbaltung ihres geliebten Gatten, Vaters, Schwieger- und Großvaters, des Organisten und Lehrers Johann Gottlob Schmidt, im Alter von 76 Jahren 3 Monaten, zeigen Verwandten und Freunden zu füller Theilnahme hiermit tiefschätzend an:

Die Hinterbliebenen.

Natas, den 8. März 1851.

Todes-Anzeige.

Heute früh um 1 Uhr starb meine innigst geliebte Frau Caroline, geb. Drabant, nach ziemlichwöchentlichem Krankenlager in einem Alter von 30 Jahren 5 Monaten. Diese schmerzhafte Anzeige widmen ich Freunden und Bekannten um still Theilnahme bitten.

Neisse, den 8. März 1851.

August Preißner.

(Verhältnis.)

Bescheiden Aufträge.

Ist das treue Fräulein seit dem Wiedererscheinen des fremden Herrn genest?

JOSUA,

Oratorium komponirt von G. F. Händel, ausgeführt zum Deten des Hedwig-Vereins für Unterstützung armer und leidender Witwen und Waisen.

Donnerstag den 13. März Abends

im Saale des Königs von Ungarn.

Die Chöre werden von Sängern des Königl. kathol. Gymnasiums ausgeführt.

Die Solo-Partien haben hiesige geschickte Künstler glücklich übernommen.

Einladungen an 10 Sar. sind in den Mustalien-Handlungen der Herren Leuckart und Schäffer zu haben.

Bröder.

Museum.

Neu aufgestellte Original-Gemälde: Sier, eine Barocke überspringend, von Verboekhoven in Brüssel.

Genre gracieuse (Paulus und sein Bumensmädchen) von Gustens in Brüssel.

Stillleben von Huygens in Brüssel.

W. Karsch.

Der Bürgermeisterposten in Bünzlau ist offen; mit demselben ist ein Gehalt von 700 Thlr. verbunden und werden qualifizierte Männer aufgesucht, sich unter Überreichung ihrer Zeugnisse bis zum 25. März d. J. bei Unterzeichneten zu melden.

Bünzlau, den 7. März 1851.

Menzel.

Vorstand der Gemeinderath.

Aufgehobene Subskription.
Der zur Subskription des Kral Krause'schen Anteils am Kreischaugrundstück Nr. 19 "Die Jüdin." Große Oper mit Tanz in 4 Akten von Scribe, übersezt von E. Einemrich. Musik von Salvi.

Dresden, den 4. März 1851.

Königl. Kreis-Gericht. I. Abtheilung.

Mittwoch den 12. März. Bei aufgehobenem

Abonnement. *Zum Benevitz des Krln.*

Höfes.

Neu einführt: *Ein Sommer-*

nachtström. Dramatisches Gedicht in

3 Aufzügen mit Tanz von Shakespear, über-

sezt von A. W. v. Schlegel für die Bühne

eingerichtet von E. Tietz. Musik von Felix

Mendelssohn-Bartholdy.

Als Verlobte empfehlen sich Verwandten und Freunden: Pauline Frischmann.

Alexander Teichelmann.

Reichenbach in Schles., den 9. März 1851.

Entbindung-Anzeige.

Die heute Vormittag 9 Uhr glücklich er-

folgte Entbindung meiner geliebten Frau Fran-

ziska, geb. Böck, von einem gesunden starken

Knaben, beeindruckt mich hiermit threibend

mein Freund und Bekannter statt jeder besonderen

Meldung anzugeben.

Waldenburg, den 9. März 1851.

Robert Kühn, Buchhändler.

Entbindung-Anzeige.

Die gestern Nachts 11 Uhr erfolgte glückliche

Entbindung seiner lieben Frau Anna, geb.

Heymann, von einem gesunden Mädchen,

zeigt Verwandten und Freunden ergebenst an:

Breslau, den 10. März 1851.

Johann Dugdán.

Entbindung-Anzeige.

Die heute Nachmittag 2 Uhr erfolgte schwere

Entbindung meiner lieben Frau Eleonore, geb.

Philip, von einem muntern

Mädchen beeindruckt mich allen meinen lieben

Freunden und Bekannten hiermit ergebenst an zu zeigen.

Breslau, den 10. März 1851.

C. Auras.

Entbindung-Anzeige.

Heute wurde meine liebe Frau Rosalie, geb.

Ledermann, von einem muntern

Knaben glücklich entbunden. Dies Bekannten und Verwandten statt jeder besonderen Melbung:

Breslau, den 9. März 1851.

Karl Landau.

Entbindung-Anzeige.

Den gestern früh nach langen Leiden erfolgten

Tod unseres unglücklich geliebten Sohnes, Bruders und Schwagers, des Königl. Kreisgerichts-Kanzleidirektors, Rentenamts-Les. Engel hier selbst zeigen wir liegegebeut unseren Freunden hierdurch an.

Schweidnitz, den 10. März 1851.

Die Hinterbliebenen.

Natas, den 8. März 1851.

Todes-Anzeige.

Heute in der 6. Abendstunde endete saniat das heure Leben unseres lieben guten

Vaters, Schwieger- und Großvaters, des pensionirten Kastells, Johann Georg Bourgarde, in dem ehrenwollen Alter von 87 Jahren. Diese traurige Anzeige widmen liebhabenden Verwandten und Freunden.

G. J. Bourgarde, als Sohn, Maria Bourgarde, geb. Herbst, als Schwiegertöchter, Josephine Elisabeth Georg Johannes als Enkel. Marx Breslau, den 9. März 1851.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 13. Nachmittag um 3 Uhr auf dem großen Kirchhof statt.

Todes-Anzeige.

Heute früh um 1 Uhr starb meine innigst

geliebte Frau Caroline, geb. Drabant,

nach ziemlichwöchentlichem Krankenlager in einem

Alter von 30 Jahren 5 Monaten. Diese schmerzhafte

Anzeige widmen ich Freunden und Bekannten um still Theilnahme bitten.

Neisse, den 8. März 1851.

August Preißner.

(Verhältnis.)

Bescheiden Aufträge.

Ist das treue Fräulein seit dem Wieder-

erscheinen des fremden Herrn genest?

JOSUA,

Oratorium komponirt von G. F. Händel, ausgeführt zum Deten des Hedwig-Vereins für Unterstützung armer und leidender Witwen und Waisen.

Donnerstag den 13. März Abends

im Saale des Königs von Ungarn.

Die Chöre werden von Sängern des Königl. kathol. Gymnasiums ausgeführt.

Die Solo-Partien haben hiesige geschickte Künstler glücklich übernommen.

Einladungen an 10 Sar. sind in den Mustalien-

Handlungen der Herren Leuckart und Schäffer zu haben.

Bröder.

Museum.

Neu aufgestellte Original-Gemälde: Sier, eine Barocke überspringend, von Verboekhoven in Brüssel.

Genre gracieuse (Paulus und sein Bumensmädchen) von Gustens in Brüssel.

Stillleben von Huygens in Brüssel.

W. Karsch.

Der Bürgermeisterposten in Bünzlau ist offen; mit demselben ist ein Gehalt von 700 Thlr. verbunden und werden qualifizierte Männer aufgesucht, sich unter Überreichung ihrer Zeugnisse bis zum 25. März d. J. bei Unterzeichneten zu melden.

Bünzlau, den 7. März 1851.

Menzel.

Vorstand der Gemeinderath.

Selterwasser-Pulver,

Poudre Férré.

Das Originalpack zu 20 Flaschen